

Unterrichtung

durch die Bundesregierung

**Entwurf eines Ersten Gesetzes zur Änderung des Postgesetzes
– Drucksache 14/6121 –**

Gegenäußerung der Bundesregierung zu der Stellungnahme des Bundesrates

Die Bundesregierung hat die aus ihrer Sicht zustimmungsbedürftigen Folgeänderungen nicht in den Gesetzentwurf aufgenommen, um im Interesse der Unternehmen zügige Rechts- und Planungssicherheit zu schaffen. Sie beabsichtigt, die vom Bundesrat geforderten Änderungen der gesetzlichen Regelungen, die an die Laufzeit der Exklusivlizenzen anknüpfen, rechtzeitig vor deren Auslaufen Ende 2002 zu prüfen und zeitgerecht umzusetzen.

